

Der Präsident der FMH zu dem in der Sonntagspresse publizierten Interview mit dem Ständerat Alex Kuprecht

Falsche Behauptungen und gegenstandslose Schlussfolgerungen

Der Präsident der ständerätlichen Gesundheitskommission, Alex Kuprecht, hat in einem am Sonntag veröffentlichten Interview Aussagen zum Gesundheitssystem und zur Ärzteschaft gemacht, denen mit aller Entschiedenheit widersprochen werden muss. Sowohl seine Behauptungen als auch die pauschalen Schlussfolgerungen, die er daraus zieht, zeugen von einer gravierenden Unkenntnis des Gesundheitswesens.

Jacques de Haller

Präsident der FMH

Im Zusammenhang mit der Prämienhöhung, die 2012 aufgrund der neuen Spitalfinanzierung zu erwarten ist, versucht der Präsident der ständerätlichen Gesundheitskommission, Alex Kuprecht, die Ärzteschaft zu beschuldigen. Dies führt in der Sonntagspresse zu Behauptungen, die schlicht falsch sind.

Zunächst ist festzuhalten, dass die Einkünfte, gegen die sich Kuprecht in seinem Interview wendet, in der – von ihm normalerweise so geschätzten – Privatwirtschaft, der Marktwirtschaft, erzielt werden: Die höheren Einkünfte der Fach- und Chefärzte stammen nicht aus der Grundversicherung, sondern aus der Privatversicherung und werden somit im Rahmen des freien Unternehmertums erzielt. Es überrascht, dass sich ein Ständerat mit der politischen Ausrichtung von Kuprecht dagegen zur Wehr setzt.

spiel mit der Unterstützung eines verfeinerten Risikoausgleichs (Revision «integrierte Versorgungsnetze»), einer besseren Methode zur Überprüfung der Wirtschaftlichkeit (parlamentarische Initiativen Cassis et al.) und den Zielen der Hausarztinitiative. Die Behauptungen von Ständerat Kuprecht würden das Gesundheitswesen hingegen nicht weit bringen.

An dieser Stelle kann nur nochmals betont werden, was immer wieder aufgezeigt wurde: Aus ökonomischer und mathematischer Sicht ist die «Einkommensumverteilung» keine angemessene Lösung, um die Hausarztmedizin aufzuwerten.

Auch ist klar, dass die Einführung der neuen Spitalfinanzierung geeignete Massnahmen erfordert, um die neuen Finanzflüsse zu steuern. Dabei ist es wichtig, die Herausforderungen – über populistische Erklärungen hinaus – in ihrer Gesamtheit zu betrachten: die Verfügbarkeit von ärztlichen Spitzenfachkräften in der Schweiz, die Konkurrenz mit dem Ausland, die Möglichkeit, die angehenden Ärztinnen und Ärzte weiterhin optimal auszubilden, und auch das Gleichgewicht zwischen öffentlichen und privaten Spitälern (die neu öffentliche Mittel für ihren Betrieb erhalten) – all dem muss Rechnung getragen werden. Eine pauschale, einseitige Begrenzung der Einkommen bestimmter Ärzte kann keine befriedigende Lösung sein. Vielmehr muss der gesamte Sektor berücksichtigt werden (wie steht es mit den Gehältern der Krankenkassen- und Spitaldirektoren, die teilweise deutlich über 500 000 Franken liegen?), und es braucht offene Diskussionen in der Tradition unserer Institutionen.

Die Patientinnen und Patienten haben Besseres als Schlagworte und falsche Behauptungen verdient. Die FMH ist bereit für die gemeinsame Suche nach Lösungen.

Aus ökonomischer und mathematischer Sicht ist die «Einkommensumverteilung» keine angemessene Lösung, um die Hausarztmedizin aufzuwerten.

Zudem behauptet Ständerat Kuprecht, dass die Taxpunktwerte im Tarifsysteem TARMED bei den Hausärzten tiefer seien als bei den Spezialisten. Die Ungerechtigkeit müsse korrigiert werden, um die Situation der Allgemeinmediziner zu verbessern. Diese Aussage der unterschiedlichen Taxpunktwerte ist schlicht falsch. Offensichtlich kennt Ständerat Kuprecht den TARMED nicht, was angesichts seiner Funktion beunruhigend ist.

Zweifellos ist es wichtig, die Hausarztmedizin zu fördern. Dafür braucht es eine fundierte Dossierkenntnis und echten politischen Willen – zum Bei-

Korrespondenz:
FMH Abteilung
Kommunikation
Elfenstrasse 18
CH-3000 Bern 15
Tel. 031 359 11 11
Fax 031 359 11 12

kommunikation@fmh.ch